



BERNHARD FREISEN / GLOBAL-PICTURE.NET

JOERN POLLEX / GETTY IMAGES

Ministerin Aigner, Dioxin-Test an Eiern: Mal verwässert, mal komplett verpufft

VERBRAUCHERSCHUTZ

Chronisch vergiftet?

Nach dem Dioxin-Skandal versprach die Berliner Politik bessere Kontrollen von Futtermitteln. Lobbyisten und Bürokraten verhindern das bislang erfolgreich.

Ende Oktober kam es mal wieder zur Katastrophe: Das Kölner Zuckerunternehmen Pfeifer & Langen stellte in einem Teil seiner Zuckerrübenschnitzel eine Überschreitung der Grenzwerte für Dioxin fest. Die Abfallprodukte aus der Zuckerproduktion werden als Tierfutter verwendet.

Landwirte in zehn Bundesländern hatten sie bereits gekauft – das Dioxin war also längst über ganz Deutschland verteilt. 35 000 Tonnen hatten zwei Werke der Kölner Firma bereits ausgeliefert, als die Suche nach der Quelle des Gifts überhaupt erst begann. Den Landwirten wurde verboten, die restlichen Mengen zu verfüttern, die Behörden versicherten reflexhaft, dass keine Gefahr bestehe. Der Vorfall sorgte kaum noch für Schlagzeilen.

Vor einem Jahr war das noch anders. Im Dezember 2010 war Hühnerfutter mit erhöhten Dioxin-Werten aufgetaucht, der Futtermittelhersteller Harles und Jentsch hatte kontaminiertes Fett geliefert, bis zu 150 000 Tonnen versuchtes Futtermittel waren damals verkauft worden, bevor jemand reagierte. Die Behörden sperrten dann fast 6000 Bauernhöfe – und die Politik stellte einen Zehn-Punkte-Plan auf. Die gesamte Futtermittelkette werde auf den Prüfstand gestellt. Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) versprach gründlichere Kontrollen.

„Ein knappes Jahr später ist davon so gut wie nichts umgesetzt, und was umgesetzt wurde, ist so verwässert worden,

dass es wirkungslos ist“, klagt Thilo Bode, Chef der Verbraucherschutzorganisation Foodwatch. Von den zehn Maßnahmen aus dem Aktionsplan seien sechs weitgehend und vier komplett verpufft, heißt es in einem noch unveröffentlichten Report seiner Organisation.

Sanktionen oder rechtliche Konsequenzen seien nicht erfolgt, nicht mal die Herkunft des Dioxins sei geklärt, dafür aber die Gesundheitsgefährdung des Gifts von den Behörden verharmlost worden. „Vor allem ist nichts getan worden, was einen solchen Fall in Zukunft verhindern könnte und Verbraucher wirksam vor Dioxin in Lebensmitteln schützt“, sagt Bode.

Tatsächlich ist ein Teil der im Frühjahr beschlossenen Maßnahmen bislang nicht einmal in Kraft getreten, wie etwa die generelle Zulassungspflicht für Futtermittelunternehmen. Andere Instrumente, wie eine Meldepflicht für private Laboratorien oder die Verschärfung des Haftungsrisikos für Unternehmen, erfüllen nicht das, was sie versprochen: einen vorbeugenden Schutz der Verbraucher.

„Ilse Aigner hat im Januar angekündigt, dass künftig alles, was in Futtermittel reinkommt, auch getestet werden muss“, sagt Bode. Das bedeute, dass es eine Pflicht geben müsse, jede Zutat, die ins Mischfutter komme, zu testen. „Was im Januar aber noch angekündigt worden ist, ist im Laufe des Gesetzgebungsprozesses plötzlich verschwunden.“

Tatsächlich sieht der Entwurf zur Änderung der Futtermittelverordnung vor, nur noch risikobehaftete Zutaten zu prüfen und nur jede zweite bis fünfte Probe kontrollieren zu lassen. „Das bedeutet nicht weniger, als dass die Futtermittelhersteller selbst darüber entscheiden können, welche Futtermittelchargen sie auf Dioxin analysieren lassen und welche nicht“, heißt es in der Analyse.

Im Verbraucherministerium stoßen die Vorwürfe auf Unverständnis. Man habe nie geplant, jede Charge zu prüfen. Das sei weder praktikabel noch sinnvoll. „Wir kontrollieren jene Bestandteile von Tierfutter, die aufgrund der Produktionsverfahren theoretisch Dioxin enthalten kön-

nen, also zum Beispiel Öle und Fette, je nach Risikoklasse bis zu 100 Prozent“, heißt es in Berlin. „Innerhalb eines Jahres haben wir mit einer Vielzahl von Regelungen auf unterschiedlichen Ebenen erreicht, dass die Verbraucher künftig noch besser vor unerwünschten Stoffen geschützt sind“, versichert Aigner.

Unterstützung erhält sie von anderen Verbraucherschützern. „Der Bund konnte nicht viel mehr tun“, findet Gerd Billen, Chef der Verbraucherzentrale Bundesverband. Entscheidende Schritte seien von den Ländern behindert worden. Denn die blockieren vor allem eine wirksamere Kontrolle der Futtermittel.

„Kein Jota mehr an Zuständigkeiten“ werde man an den Bund abgeben, soll schon im Januar gedroht worden sein. Und das, obwohl genau hier eine Neuorganisation notwendig wäre, wie ein Bericht des Bundesrechnungshofs von Ende November eindrücklich zeigt. Solange sich Bund und Länder streiten, freut sich die Branche, die ohnehin beschwichtigt: Die bisherigen Maßnahmen hätten die Wahrscheinlichkeit deutlich gedrückt, dass sich der Dioxin-Vorfall wiederhole, sagt Bernhard Krüsen, Geschäftsführer vom Deutschen Verband Tiernahrung. Die jetzigen Testverfahren seien verbessert worden.

Was er nicht sagt: Jeder Test kostet Zeit und Geld, rund 400 Euro etwa bei Dioxin. Jede Kontrolle verteuert also das Futtermittel. Strengere Kontrollen würden so nicht nur die billigsten Anbieter aus dem Markt drängen, sondern auch verhindern, dass Teile der Futtermittelzunft aus Abfällen jeder Art Tiernahrung herstellen.

„Gerade deshalb ist es wichtig, alles und regelmäßig zu prüfen, wenn wir nicht chronisch vergiftet werden wollen“, warnt Foodwatch-Chef Bode. Dass er damit recht haben könnte, zeigt der Fall der Rübenschnitzel. Derzeit gehen die Behörden davon aus, dass die jüngste Dioxinbelastung durch die Verbrennung von verunreinigtem Koks entstanden ist. Weil der aber bislang nicht als Risikozutat gilt, wird hier auch nach den neuen Plänen nicht getestet.

SUSANNE AMANN